

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.)
Postfachkonto Nr. 53 477. Postfachkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13608.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Kolonelle 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Platzvorbehalt 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Reklame-Kolonelle 0.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Eine Warnung für die Regierung!

Erklärung der Arbeiterorganisationen gegen den Ruhrfeldzug.

Die neue Kundgebung der Arbeiterorganisationen.

Die am Generalstreik beteiligten Arbeiterorganisationen und die Vertreter der Parteilichungen der S. P. D. und der U. S. P. D. sind am 6. April neuerlich in eine Prüfung der politischen Lage eingetreten. Sie haben insbesondere die Berichte ihrer aus Ruhrrevier entsandten Vertrauensmänner entgegengenommen und sind zu dem Ergebnis gelangt, von der Regierung mit größtem Nachdruck auf Grund der Vereinbarungen, zu denen sich die Regierung bei Einstellung des Generalstreiks verpflichtet hatte, die Erfüllung folgender Maßnahmen zu verlangen:

1. Räumung der Reichswehr aus der neutralen Zone. Die Aufrechterhaltung der Ordnung obliegt den nach dem Völkervertrag vereinbarten zu bildenden Ortswehren.
2. Kein Einmarsch der Reichswehr (südtlich) des Ruhr.
3. An dem von der Reichswehr außerhalb der neutralen Zone besetzten Gebiet sind die Ortswehren sofort zu bilden, worauf der Rückzug der Reichswehr erfolgt.
4. Die Vorgänge in Wilhelmshaven, Altenburg usw. verlangen sofortige Abhilfe. Die versammlungsstrenge Unteroffiziere und Mannschaften sind zu schütten; die abgesetzten unzuverlässigen Offiziere sind nicht wieder zu verwenden, sondern der Bekämpfung zuzuführen. Das Kabinett wird vom Reichswehrminister sachliche und persönliche Garantien gegen die Weiterverwendung unzuverlässiger Führer fordern. Die Forderung von Revolutionen an konterrevolutionäre Formationen (Weißer Erhardt usw.) ist sofort einzustellen.
5. Auf die prehnische Reaktion wird eingewirkt, damit die Reorganisation der Sicherheitswehren durch Einbeziehung organisierter Arbeitnehmer schnellstens zur Durchführung gelangt.

Die Arbeiterorganisationen sehen in der schleunigen Durchführung dieser Maßnahmen eine unbedingte Voraussetzung, um der starken Erregung in der Arbeitnehmerschaft entgegenwirken zu können. Die Organisationen unterbreiten ihre Stellungnahme sofort der Reichsregierung, und behalten sich weitere Schritte nach Entgegennahme der Regierungsverklärung vor.

Berlin, 6. April 1920.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: C. Lenten.
- Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände: M. Urban.
- Deutscher Beamten-Bund: M. Lange.
- Berliner Gewerkschaftskommission: O. Ruch.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands: S. Rolfenbühl.
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands: A. Crispian.

Noch keine Verhandlungen.

Berlin, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Bisher haben noch keine Verhandlungen der Arbeiterorganisationen mit der Regierung auf Grund der gestern gefassten Beschlüsse stattgefunden. Die Regierung hatte noch keine Zeit!

Entöblung des Ruhrreviers.

Berlin, 7. April. (Eigene Drahtmeldung der Leipziger Volkszeitung.) Der Sonderberichterstatter der Freiheit telegraphiert aus dem Ruhrrevier:

In Elberfeld und Barmen sind von der Arbeiterschaft umfangreiche Schutzmaßnahmen gegen bewaffnete Marodene getroffen worden. Die englischen Bewachungstruppen erklären, daß sie Flüchtlinge aufnehmen werden. Infolgedessen haben bereits Hunderte von Flüchtlingen das besetzte Gebiet betreten. Auf dem Wege nach Solingen sah ich heute Hunderte von Flüchtlingen, die von den englischen Truppen entwaffnet worden waren. Trotz der in den Abkommen von Völkervertrag und Münster von den Frontkämpfern angeforderten Amnestie erfolgen überall von den Reichswehrtruppen Verhaftungen. Die Standgerichte sind nicht aufgehoben. In verschiedenen Orten wurden Angehörige der U. S. P. und Kommunisten erschossen.

Auch aus Hagen meldet ein Telegramm, daß die Arbeiter, die an den Kämpfen teilgenommen hätten, bereit zum Abmarsch in das neutrale unbefetzte Gebiet sind. Als Schutz vor dem weißen

Schrecken überwiegt gegenüber der klaren Ueberlegung. Es kommen wohl Tausende abwandernder Arbeiter des Bezirks in Betracht.

So bewirkt also die Regierung durch ihren Vortritt, daß dem Kohlenbergbau Tausende von geübten Arbeitskräften entzogen werden. Das deutsche Volk soll also auch im nächsten Winter wieder hungern! Oder wird sich die Regierung endlich aufrufen und den blutigen Militärs in den Arm fallen?

Das Militär pfeift auf die Regierung.

Berlin, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Entgegen den Versicherungen der Reichsregierung, daß das bergisch-märkische Land, in dem vollkommene Ruhe herrscht, nicht besetzt werden soll, ist heute Nacht die Reichswehr bis zum Hauptbahnhof Hagen vorgezogen. Mit der Besetzung von Hagen ist zu rechnen.

Von Duisburg aus beginnt der Vormarsch der Reichswehr auf Düsseldorf.

Der Weiße Schrecken in Halle.

Das Halleische Volksblatt teilt über das Wüten der Soldaten mit:

Auf dem Flugplatz sind am 21. März 10 Arbeiter handrechtlich erschossen worden. Die Ueberführung eines Schwerverwundeten in ein Lazarett wurde von einem Oberleutnant verboten. In der Reifstraßenkaserne wurde am 23. März Paul Strikener, Trothaerstraße 48, ohne Verhandlung von einem Offizier aus sechs Schritten Entfernung mit einem Gewehr erschossen.

Auf dem Wege zu seinen Verwandten wurde der Arbeiter Wilhelm Gehrmann aus Morl von 20 Soldaten umringt und zwei Soldaten, mit Namen Gröbel und Keitel aus Seeben, schossen auf ihn, wodurch er einen Lungenstich und eine Rückenverletzung davontrug. Eindecker haben den Mann in ihrer Wohnung aufgenommen und verborgen lassen. Eine Frau sagte den Soldaten, sie müßten doch nun Sorge tragen, damit der Mann in ein Krankenhaus gebracht werde, darauf antworteten die uniformierten Schenkel: „Heute abend wird er geholt, da bekommt er eins auf den Kopf und wird in die Saale geschmissen, um solch einen Hund ist es nicht schade.“

Unter Führung des Leutnants Hoppe drang am 24. März eine ganze Kompanie in die Wohnung des Arbeiters Koppfeker, Wöhrnitz, Hauptstraße 27. Der 18jährige Otto Koppfeker wurde unter schweren Mißhandlungen durchs Dorf geschleppt und dann aus allerhöchster Nähe erschossen. Angeblich Selbstverletzt. Das Geantell bezeugen zahlreiche Einwohner.

Wie lange noch?

Kappisten in Bayern.

München, 6. April. Die Münchner Post veröffentlicht in ihrer heutigen Nummer Dokumente der Konterrevolutionäre, in denen sie den Beweis für das Bestehen einer monarchistisch-militärischen Verschwörung in Bayern sieht, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Aktion Kapps an der Herbeiführung eines militärischen Staatsstreiches in Bayern gearbeitet habe.

Dazu teilt das Reichswehrgruppenkommando 4 mit, daß es der Feststellung bedarf, was an den Veröffentlichungen der Münchner Post richtig ist oder nicht. (1) Als Tatsache wird jedoch nur angegeben, daß die bayerische Reichswehr im entscheidenden Augenblick sich keiner geschwirdigen Handlung schuldig machte.

Das beweist natürlich nur, daß die Leute mit den Verschwörergelüsten vorsichtig waren, nichts weiter.

Die Wilhelmshavener Affäre.

Berlin, 7. April. (Z.-U.) Der Reichswehrminister teilt mit: Nachdem das neue Reichsgesetz bekannt ist, demzufolge auch die Vergehen der Militärpersonen während des letzten Putzsches von Zivilgerichten abgeurteilt werden sollen, hat die Reichsregierung veranlaßt, daß seitens der Zivilgerichte mit größter Beschleunigung die gegen die Wilhelmshavener Seewoffiziere erhobenen Beschuldigungen aufgeklärt werden.

Inzwischen werden sich die Schuldigen, nachdem man sie liebenswürdig auf freiem Fuß gesetzt hat, in Sicherheit bringen können.

Besetzung Wladiwostoks durch die Japaner.

Newport, 6. April. Der Korrespondent der Associated Press in Wladiwostok telegraphiert: Die japanischen Truppen sind nach achtstündigen schweren Kämpfen in Wladiwostok eingerückt.

Grundzügliche Wahlarbeit.

Die Wahlen zum Reichstag stehen vor der Tür; die Parteien rufen zum Wahlkampf; auch die U. S. P. tritt, entsprechend ihrem Programm, in die Arena.

Die diesmaligen Wahlen erhalten durch die Ereignisse der jüngsten Zeit eine besondere Bedeutung. Kapp und Konsorten haben dem Proletariat bewiesen, daß die Errungenschaften der Novemberrevolution auf politischem Gebiet durchaus noch nicht gesichert sind; von Errungenschaften auf ökonomischem Gebiet gar nicht zu reden. Die Wahlen versprechen so zu einem Machtkampf zu werden zwischen Reaktion und Revolution, wobei auf der Seite der Reaktion nicht nur die noch sehr lebendigen Mächte des alten Regimes, sondern auch erhebliche Teile der Bourgeoisie, des Mittel- und Kleinbürgertums und vor allen Dingen des Landvolkes stehen werden. Auf der Seite der Revolution aber wird ausschließlich das Proletariat stehen. Das aber ist durchaus noch keine im Denken und Fühlen, in seinen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anschauungen gleichartige Masse, so daß etwa mit einer geschlossenen Kampffront des Proletariats gerechnet werden könnte. Gewiß ist der Zutrom zu den politischen und den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft ein ganz gewaltiger gewesen, und der Zutrom hält auch weiterhin an. Aber es stehen trotzdem noch große Scharen abseits oder haben sich in andern Organisationen zusammengefunden, die dem Sozialismus feindlich sind. Der Wahlausfall ist also kein einfaches Rechenexempel: Deutschlands Bevölkerung schiedet sich in so und soviel Prozent Proletariat und in nur sounsoviel Prozent Reaktionsfähige, Intellektuelle, höhere Beamte usw., also muß sich eine proletarisch-sozialistische Mehrheit ergeben. Wer politisch so kalkuliert, steht mit seiner politischen Rechnerlei auf der Höhe des bekannten Wirklichkeits.

Es droht nun die Gefahr, daß um eines „guten Wahlergebnisses“ willen die Wahlagitator in Formen geführt wird, die die grundsätzliche Schärfe vermissen läßt. Dem uns noch fernstehenden Proletariat, dem christlichen Gewerkschafter und Zentrumswähler, dem noch nicht zum Erkenntnis seiner Klassenlage gekommenen Anstellten, vor allem aber dem Kleinbürgertum und der Landbevölkerung und schließlich — und das ist wohl das Wesentlichste — der großen Masse der Frauenwähler ist der Sozialismus immer noch mehr oder weniger ein Schreckgespenst, das ihnen allen von der bürgerlichen Presse tagtäglich als zimmerbarste Frage vorgeführt wird. Hinzu kommen die Ereignisse des letzten Jahres und manche der jüngsten Zeit, und ferner das Beharrungsvermögen altüberlieferter und festeingedrückter Ideen, namentlich bei den Frauen, über deren Wirkung wir uns keiner Täuschung hingeben sollten.

Diese Tatsachen dürfen uns nun nicht verleiten, in der Wahlagitator Konzeptionen irgendwelcher Art an das Denken und Fühlen der noch nicht sozialistischen Kreise zu machen. Das Ergebnis einer solchen Rechenstrategie wäre eine Wählerfurcht, die in Wirklichkeit nicht Sozialisten gewählt hätte, sondern Leute, denen man nachsagen könnte, auf Mandate bedacht gewesen zu sein. Die Wähler wären nicht für eine Idee gewonnen; es sei denn, daß man die Gewinnung von Reichstagsmitgliedern für eine Idee hielt. Die oberste Aufgabe des kommenden Wahlkampfes ist die nachdrücklichste Vertretung der sozialistischen Weltanschauung. Die Wahlagitator bietet dazu die beste Gelegenheit. Im Kampfe der Geister muß sich die Ueberlegenheit der sozialistischen Ideen erweisen. Keine Verfeinerung irgendwelcher Art, sondern grundsätzliche Auseinandersetzung der sozialistischen Ziele, an deren Durchsetzung nicht nur das hand- und fupparbelende Proletariat, sondern auch das Klein- und Mittelbürgertum, die Beamten und Lehrer, das Klein- und mittlere Bauerntum und nicht zuletzt die Frauen interessiert sind.

Diese Agitation stellt an unsere Redner freilich erhebliche Anforderungen. Es genügen da nicht allgemeine Redensarten, nicht ein Satz voll Zitate oder eine mehr oder weniger umfangreiche Sammlung von Zeitungsausschnitten. Es gehört dazu eine gute Kenntnis der grundlegenden sozialistischen Schriften, es gehört dazu die vollständige Beherrschung der sozialistischen Gedankenwelt. Wer all sozialistischer Redner auftritt, trägt ein ganz besonderes gewaltiges Stills Verantwortung. Selten kommen wir so an die Masse der Bevölkerung heran, wie zu Wahlzeiten. Und selten ist die Masse der Bevölkerung politisch so empfänglich wie bei einer Wahl. Das